

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 2–2005

ALTERNATIVE ENTWICKLUNGEN IN LATEINAMERIKA

Schwerpunktredaktion:

Markus Auinger, Franziska Herdin, Johannes Jäger,
Bettina Köhler, Bernhard Leubolt, Barbara Nothegger

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung: Alternative gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika heute – Konzeptionelle Aspekte
- 21 BETTINA KÖHLER
Ressourcenkonflikte in Lateinamerika
Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser
- 45 MARKUS AUINGER
Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien
- 64 IRMI SALZER
Der MST und sein alternatives Projekt: Die politische und gesellschaftliche Rolle der brasilianischen Landlosenbewegung
- 83 BARBARA NOTHEGGER
Die zapatistische Autonomie und Medien –
Beispiel Radio Insurgente
- 100 FRANZISKA HERDIN
Der bolivarianische Prozess in Venezuela – eine Alternative zum Neoliberalismus?
- 125 ALFREDO ALEJANDRO GUGLIANO
Demokratie als Raum für die Entwicklung einer BürgerInnenschaft
Ein Vergleich zwischen dem Partizipativen Budget von Porto Alegre und der Partizipativen Dezentralisierung von Montevideo
- 149 Rezension
- 153 Autoren und Autorinnen
- 155 Informationen für Autoren und Autorinnen

FRANZISKA HERDIN

**Der bolivarianische Prozess in Venezuela –
eine Alternative zum Neoliberalismus!?**

1. Einleitung

Hugo Chávez war auch im Februar 2005 wieder der Star am Weltsozialforum in Porto Alegre. Wie auch der von den USA unterstützte, aber schlussendlich misslungene Putschversuch am 11. Februar 2002 zeigte, wird Chávez und damit das vom ihm verkörperte Projekt nicht nur von seinen Befürwortern, sondern auch von seinen Gegnern als sehr wichtig begriffen. Anders als am 11. September 1973 beim Militärputsch in Chile, wo mit Unterstützung der CIA der demokratische Weg zum Sozialismus abrupt gestoppt werden konnte, ist es in Venezuela vorerst nicht gelungen das politische Projekt zu zerstören. Worum handelt es sich konkret bei diesem Projekt? Worauf stützt sich sein bisheriger Erfolg? Handelt es sich beim Bolivarianismus tatsächlich um eine gangbare Alternative zum Neoliberalismus?

Mittels politökonomischer Analyse begeben sich in diesem Beitrag auf die Suche nach Antworten auf diese Fragen. In einem ersten Schritt werden die historischen Grundlagen, die dem bolivarianischen Projekt den Boden bereitet haben, untersucht. Erst die krisenhafte Entwicklung des ökonomischen und politischen Systems in Venezuela scheint den Boden für eine starke Bewegung gegen die weitere Einführung neoliberaler Maßnahmen und gegen die langandauernde Zweiparteienherrschaft bereitet zu haben. In einem weiteren Schritt werde ich analysieren, inwieweit es gerechtfertigt ist, dass der Bolivarianismus des venezolanischen Präsidenten Chávez immer wieder in aktuellen Diskussionen als mögliches alternatives Modell zum vorherrschenden System der neoliberalen Globalisierung herangezogen wird. Dabei geht es auch um die Frage, ob die partizipative Demokratie Venezuelas und das zur Debatte stehende anti-neoliberale Modell der bolivarianischen Republik als ineinandergreifend zu sehen sind. Insbesondere der Untersuchung der Rolle des Militärs, dem in der Geschichte Lateinamerikas stets eine wichtige politische Bedeutung zugeschrieben werden muss, kommt auch hier ein wichtiger Rang zu. In der Folge

werden auch die Bedeutung der (nationalen) Medien und die Verknüpfung mit der internationalen politischen Ebene analysiert.

Schlussendlich sei noch angemerkt, dass sich dieser Beitrag nicht mit der politikwissenschaftlichen Theorie des Populismus als Analyseinstrument des Bolivarianismus von Chávez auseinandersetzt, weil die populistische Analyse meines Erachtens zu kurz greift und die wirklich bedeutsamen Aspekte des bolivarianischen Prozesses darin keine angemessene Berücksichtigung finden.

2. Historische Entwicklungen in Venezuela

2.1 Politisches System

Mit der Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1958 konsolidierte sich in den folgenden Jahren ein demokratisches Modell, welches in der Literatur auch als „populistisches System der Absprache zwischen Eliten“ bezeichnet wird (Rey 1991 zit. in Kornblith 1996: 396). Es sah eine repräsentative, von Mehrheitsentscheidungen getragene Demokratie vor und beruhte auf der Anerkennung eines Pluralismus sozialer, wirtschaftlicher und politischer Interessen, wobei es sich hierbei einschränkenderweise um die Interessen der mächtigen Minderheiten wie der Streitkräfte, der Kirche, der Unternehmensgruppen und der Gewerkschaften und nicht der breiten Bevölkerung handelte. Zudem basierte dieses Modell auf dem Zusammenspiel dreier fundamentaler Faktoren: Einer hohen Finanzkraft aus den Erdöleinnahmen zur Befriedigung der Forderungen aus den heterogenen Gruppen und Sektoren; der Fähigkeit der politischen Parteien und *pressure groups*, diese Forderungen aufzufangen, zu kanalisieren und zu präsentieren sowie relativ bescheidener Ansprüche aus der Bevölkerung. Dieses Modell war von seiner politischen Stabilität her gesehen bis Ende der 1970er Jahre erfolgreich. Zwischen 1958 und 1998 wechselten sich die zwei großen konservativen Parteien, AD (sozialdemokratische Partei) und COPEI (christdemokratische Partei), an der Regierungsmacht ab, wobei an dieser Stelle erwähnt sei, dass die beiden traditionellen Parteien bereits bei den Wahlen 1994 mit einem Legitimationsverlust und internen Konflikten zu kämpfen hatten. In den 1980er und 1990er Jahren traten jedoch die mit diesem System verbunden Probleme im Zuge einer ökonomischen Krise (ausgelöst nicht zuletzt durch niedrige Erdölpreise) besonders dramatisch zu Tage: Sozioökonomisches Ungleichgewicht, Zentralismus, Parteienfilz, Parteilichkeit von Institutionen und Korruption. Es kam zum Zusammenbruch im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Wasser- und Abwasserversorgung und im Wohnbereich. Angesichts der grundlegenden sozialen Verschlechterungen machte sich eine Abneigung gegenüber dieser Art von Demokratie breit, welche ihren Wider-

hall in immer größeren Wahlenthaltungen bis zu über 50% fand (Kornblith 1996: 372 f., 380 f., 388).

2.2 Ökonomische Struktur

Der *desarrollismo* war spätestens seit den 1930er Jahren das prägende Leitkonzept der ökonomischen Entwicklungen in Venezuela. Die staatliche (und auch als solches bezeichnete) Entwicklungsplanung in Venezuela lässt sich allerdings bis in die 1930er Jahre zurückverfolgen und drückt sich seitdem in den im fünfjährigen Abstand veröffentlichten Entwicklungsplänen aus. Man kann damit von einer staatlich organisierten Akkumulation sprechen. Der Wachstums- und Modernisierungsprozess und dessen Dynamik werden in Venezuela maßgeblich durch das Öl bestimmt (Maringoni 2004). Im Zuge der damit verbundenen ökonomischen Entwicklung veränderte sich die Beschäftigungsstruktur und der Staat wurde zum Motor des Industrialisierungsprozesses; zum Zweiten löste die Erdölförderung interne Migrationsbewegungen aus, die sich in einer massiven Urbanisierung niederschlugen, welche folgend einen Wandel in den Lebens- und Konsumgewohnheiten nach sich zog; zum Dritten kamen Vorstellungen einer demokratischen Verteilung der Erdöleinnahmen sowie über Rechtsstaatlichkeit zum Vorschein; zum Vierten entwickelte sich eine Art Rentenideologie (Werz 1983: 61; Schmidt-Relenberg u.a. 1980: 45).

Mit dem Ende der 1970er Jahre schlitterte Venezuela jedoch in eine tiefe Krise. Und dies obwohl sich der Ölpreis 1973 vervierfachte und die Ölindustrie 1976 verstaatlicht wurde. Somit hätten direkte staatliche Einnahmen an sich sichergestellt werden können, wären sie nicht größtenteils im Korruptionsgeflecht untergegangen. Die Folge war die Aufnahme von internationalen Krediten der Weltbank und des IWF. Dem Zeitgeist gemäß begegnete man auch in Venezuela der ab den 1980er Jahren bestehenden hohen Staatsverschuldung mit einem neoliberalen Programm. Es folgte die Privatisierung von Teilen der Leder- und Aluminiumindustrie, die Preisbindungen für Grundnahrungsmittel wurden aufgehoben; es kam zur Inflation und Anfang der 1980er Jahre zu einer massiven Kapitalflucht. Während der gesamten Dekade konnte mit dem neoliberalen Methodenkoffer die Krise jedoch nicht gelöst werden, sondern die Situation verschlimmerte sich noch weiter. Der 1989 zum zweiten Mal an die Macht kommende Präsident Carlos Andrés Pérez (AD) versuchte daher dem Zeitgeist und den Vorgaben des IWF folgend radikale Maßnahmen umzusetzen: Weitere (oft allerdings Teil-) Privatisierungen in der Stromerzeugungsindustrie, im Transport- und Kommunikationswesen (Verkauf der zwei staatlichen Fluglinien und Liberalisierung des venezolanischen Telekommunikationsanbieters CANTV) sowie in der Wasser- und Abwasserindustrie bei gleichzeitiger Ab-

wertung der venezolanischen Währung (Bolvar), Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeit, massive Subventionskurzungen und damit einhergehende starke Preissteigerungen (bis zu 100%) für öffentliche Leistungen. Das brachte das Fass zum Überlaufen und bereitete dem Bolivarianismus den Boden (Info-Verteiler 2003: 50 f.; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

3. Der Bolivarianismus in Venezuela

Der Bolivarianismus geht auf Simon Bolivar – einen bedeutenden Freiheitskämpfer, der sich für die Unabhängigkeit von Spanien und ein vereintes Lateinamerika eingesetzt hat, zurück. In der nationalen Identitätskonstruktion spielt diese Person für Venezuela seitdem eine wichtige Rolle (Maringoni 2004).

3.1 Der „Caracazo“ oder eine erste Zuruckschlagung neoliberaler Politik(en)

Die Reaktionen aus der Bevölkerung ließen nicht lange auf sich warten: Ausgelöst durch enorme Fahrpreissteigerungen im öffentlichen Transportwesen begannen sich am 26. Februar 1989 um 5 Uhr morgens die *Barrio*-BewohnerInnen rund um Caracas zu mobilisieren, die nicht bereit waren, die erhöheten Preise zu zahlen, um zum Arbeiten in die Hauptstadt zu gelangen. Die Protestbewegung breitete sich schnell zunächst unter der studentischen, dann aber auch unter der gesamten verarmten Bevölkerung nicht nur in Caracas, sondern auch in Valencia, Barquisimeto und Maracaibo aus. Es kam zu einer „sozialen Explosion“ mit Plünderungen, die sich gegen die VertreterInnen der neoliberalen Politik in Regierungskreisen, der Weltbank und des IWF richtete und für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen bereit war zu kämpfen. Sie wurde von keiner politischen Partei angeführt, sondern formierte sich aus der Bevölkerung selbst und paralyisierte die Hauptstadt für mehr als 20 Stunden. Am 28. Februar 1989 wurde von Pérez der Ausnahmezustand ausgerufen und eine Ausgangssperre verhängt. Zuvor bereits wurde die *Guardia Nacional* und die metropolitane Polizei beauftragt, die „Ordnung“ wieder herzustellen; nachdem dies nicht zu gelingen schien, wurden militärische Truppen aus dem Grenzgebiet und aus der Selva abgezogen und nach Caracas beordert, die die brutale Niederschlagung der Massenproteste unterstützen sollten. Die Zahl der Todesopfer beträgt nach offizieller Angabe 277. Menschenrechtsorganisationen wie z.B. die NGO COFAVIC hingegen sprechen von mindestens 311 Todesopfern, wobei sich auch diese Zahl einschrankenderweise nur auf die Personen bezieht, von denen man Information hat. Mit anderen Worten geht

man hier von einer höheren Anzahl an verstorbenen Personen aus. Unter den Todesopfern befanden sich vor allem FührerInnen lokaler Basisorganisationen (Apatia-No 2002; Info-Verteiler 2003: 50 f.; Vilker 2003: 93 f.; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Trotz Zurückschlagung des *Caracazo* blieb die Stimmung aufgeheizt, da zumindest zum Teil die neoliberalen Veränderungen umgesetzt worden waren. Vor dem Hintergrund dieser sich abzeichnenden Polarisierung versuchte eine Gruppe des Militärs – das in Venezuela im Unterschied zu anderen Militärapparaten in Lateinamerika schon seit langem auch unteren Schichten verbunden war – am 4. Februar 1992 die Macht zu übernehmen. Der Versuch der isolierten Gruppe misslang jedoch und wurde nach wenigen Stunden niedergeschlagen. Der Anführer war ein damals weitgehend unbekannter Offizier namens Hugo Chávez. Die Ereignisse des 4. Februar brachten Hugo Chávez, der nunmehr ins Gefängnis wandern musste, jedoch ungeahnte Anerkennung bei den benachteiligten Sektoren der Bevölkerung ein (Marinogoni 2004). Eine beachtliche Mehrheit der Bevölkerung (70%) zeigte sich mit den Zielsetzungen der militärischen Aktion einverstanden (Díaz 1993: 155).

3.2 Die Durchsetzung des bolivarianischen Projektes

Nach der Amnestierung von Hugo Chávez Frías durch Präsident Caldera begab sich Chávez auf demokratischem Weg zur Macht. Er gründete eine neue politische Kraft, das *Movimiento V República* (MVR), mit der er in einem Bündnis aus linksgerichteten (Basis-) Bewegungen in den Wahlkampf zog und die Wahlen 1998 gewann. Zu dem Bündnis gehörte die MAS (Movimiento al Socialismo), die MEP (Movimiento Electoral del Pueblo), die PCV (Partido Comunista de Venezuela) sowie fünf weitere den Mittelstand und die Bauern vertretende Parteien. Bei den Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden Jahr erhielt Chávez 56% der Stimmen (Info-Verteiler 2003: 51; Vilker 2003: 94 f.). Als erste Amtshandlung seiner Präsidentschaft unterzeichnete Chávez noch am Tag seiner Vereidigung ein Dekret, mit dem er ein Referendum über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung anberaumte, um damit „die notwendigen demokratischen Veränderungen für eine ‚Neugründung‘ der Republik voranzutreiben“ (Melcher 1999: 216). Mit der neuen Verfassung sollten die bestehenden korrupten Staatsstrukturen grundlegend umgestaltet und die tiefen sozialen Ungerechtigkeiten überwunden werden. Zudem war vorgesehen, dass alle, vor allem die zuvor marginalisierten Sektoren der Gesellschaft (wie z.B. die indigenen Völker) bis auf die als korrupt bezeichneten VertreterInnen der bisherigen Parteien und Interessensgruppen, an der Beratung teilnehmen sollten. Am 25. April 1999 erhielt schließlich das Referendum über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung eine Zustimmung

von 80% (Melcher 1999: 216 f., 221). Es folgten sieben Monate intensiver Verhandlungen der aus allen Bevölkerungssegmenten stammenden *constituyentes*, was als erstes Zeugnis einer kohärenten Partizipation von „unten“ verstanden werden kann. Am 15. Dezember 1999 wurde die neue Bolivarianische Verfassung in ihrer endgültigen Version von den venezolanischen BürgerInnen mit knapp 72% angenommen und mit Januar 2000 ist sie in Kraft getreten (Areion 2001). Auf Basis der neuen Verfassung wurden im August 2000 erneut Präsidentschaftswahlen abgehalten, die Chávez mit 60% der Stimmen für sich entscheiden konnte (Info-Verteiler 2003: 51).

Der sich mit dem Prozess der Entwicklung der neuen Verfassung abzeichnende sozialintegrierende und teilnehmende Charakter der Politik von Chávez hat auf der einen Seite in einem beachtlichen Ausmaß zur Mobilisierung großer, bisher politisch vollkommen ausgeschlossener Bevölkerungsschichten geführt, die hinter ihm stehen. Auf der anderen Seite stößt die Regierung Chávez auf massive Ablehnung bei den Nutznießern des bisherigen politischen Systems in Venezuela. Ihre stärksten GegnerInnen finden sich unter den venezolanischen KapitalistInnen, die von „imperialistischen“ Staaten, vor allem von den USA und deren Medien Rückendeckung erhalten (Info-Verteiler 2003: 53). Vereinfacht lässt sich also schließen, dass sich die soziale Basis des bolivarianischen Projektes vor allem auf die Unter- und zum Teil auf die Mittelschicht stützt, wohingegen seine GegnerInnen mehrheitlich Angehörige der Oberschicht und oberen Mittelschicht sind. Besonders augenscheinlich wird dies auch, wenn man sich die Menschen genauer ansieht, die man auf den gegensätzlichen Demonstrationen antrifft: Während sich auf den Demonstrationen der Opposition überdurchschnittlich viele „hellhäutige“ und auffallend gut gekleidete Personen befinden, sind die Massenveranstaltungen für Chávez von der Vielfalt der Menschen in Venezuela gekennzeichnet.

3.2.1 Die Rolle des Militärs

Das Militär ist für das bolivarianische Projekt zentral. Der Putschversuch der Opposition gegen Hugo Chávez und sein bolivarianisches Projekt am 11. April 2002 war einerseits nur mit Hilfe abgespaltener Teile des Militärs, vor allem auf Generalstabsebene der höheren Offiziere durchführbar. Andererseits waren es neben den Menschenmassen, die zu Tausenden aus den Vororten in die Stadt strömten, um die Rückkehr von Chávez aus dem Exil oder besser aus dem Ort, an dem er gefangen gehalten wurde, zu verlangen, ebenfalls die Militärs, die diesen Angriff auf Chávez wieder abwehren wollten und sich ihm gegenüber loyal erklärten – in dem bedeutsamen Unterschied, dass es sich bei ihnen um Truppen der unteren Ränge handelte. Die Reorganisation der patri-

otisch-bolivarianischen Teile der Streitkräfte ist folglich für das Überleben und die zukünftige Kontinuität des bolivarianischen Prozesses äußerst wichtig (Info-Verteiler 2003: 3 f.; Interview mit Guíérrez am 2.12.2003). Chávez hatte jedoch bereits vorher viele loyale Offiziere in seine Regierung geholt, um gegenüber der Opposition auf Gouverneurs- und Gemeindeverwaltungsebene sowie auf Seiten des Kongresses und des Obersten Gerichtshofes ein Gegengewicht zu haben. Das Militär ist jedoch nicht nur als Machtapparat zentral und daher heiß umkämpft, es wurde z.T. auch für zivile Zwecke eingesetzt. Mit Hilfe des Militärs konnte der Plan Bolívar 2000 auf den Weg gebracht werden. Ziel war es allgemein, für das Wohl des Volkes zu sorgen und eine Art Notstandhilfe gegen Hunger, für die ärztliche und medikamentöse Versorgung, für Straßenbefestigungen, für die Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen, für die Sicherheit und gegen Kriminalität umzusetzen, was weitgehend erfolgreich ablief. Insgesamt waren 40.000 Soldaten eingebunden, worunter sich auch Einheiten der Marine (Plan Pescar 2000) und der Luftwaffe – um in die abgelegenen Dschungelgebiete zu fliegen (Plan Casiquiare 2000) – befanden (Chávez im Interview mit Harnecker im Januar 2003).

3.2.2 Die Bedeutung der Medien

Venezuelas Mediengesellschaft ist zweigeteilt: Dem einem staatlichen Fernsehsender (Canal 8) stehen die Massenmedien der Privatunternehmungen gegenüber. Dieses überwältigende Ungleichgewicht ist aufgrund der Verflechtungen mit den Interessen der Finanzgruppen um Gustavo Cisneros und des „alten Systems“ rund um den sich im Exil befindlichen Carlos Andrés Pérez Teil des politischen Konfliktes. Von Seiten der privaten Medien gab es von Anfang an die Strategie, die Regierungsarbeit von Chávez zu sabotieren und die Durchsetzung des Bolivarianismus zu verhindern. Quasi als Gegenöffentlichkeit zu den privaten Massenmedien gibt es *Foros de Información*, die im ganzen Land von chavistischen JournalistInnen, StudentInnen und ProfessorInnen unter reger Teilnahme der Bevölkerung abgehalten werden. Seitens der Regierung gibt es überdies Versuche per Gesetz gegen manipulierende Agitation vorzugehen. Die Nationalversammlung beschloss im Dezember 2004 das „Gesetz über die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen“ (*Ley Resorte*), welches seitens der Opposition als Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit interpretiert wird. Ein ernsthafter Blick auf das neue Gesetz zeigt jedoch, dass es nicht auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit zielt, sondern auf ein Ende des Missbrauchs der Medienmacht durch eine Minderheit. So hat das Gesetz laut Paragraph 1 zum Ziel „bei Verbreitung und Empfang von Botschaften die soziale Verantwortung der Anbieter von Radio- und Fernsehdiensten, der Wer-

bekunden, der nationalen unabhängigen Produzenten und der Nutzerinnen und Nutzer zu etablieren, um den demokratischen Ausgleich zwischen ihren Rechten, Pflichten und Interessen zu fördern.“ Und Paragraph 2 betont: „Die Interpretation und Anwendung dieses Gesetzes ist [...] den folgenden Prinzipien verpflichtet: der freien Äußerung von Ideen, Meinungen und Gedanken, der freien und pluralen Kommunikation, dem Verbot einer präventiven Zensur, der späteren Verantwortung, der Demokratisierung, Beteiligung, Solidarität und sozialen Verantwortung, Souveränität, Sicherheit der Nation und dem freien Wettbewerb.“ (Netzwerk Venezuela 2005)

Die Notwendigkeit des Vollzugs des neuen Gesetzes bekräftigt auch der bekannte US-Soziologe James Petras, der sich „angesichts der ungeheuren Manipulationen in den Privatsendern Venezuelas entsetzt“ zeigte und davon überzeugt sei, dass er derartiges in den Jahrzehnten seiner aktiven Laufbahn noch nie gesehen habe (Kuppe im Interview mit derStandard.at, Juni 2003; Zehetmayer 2003: 13).

3.2.3 Die internationale Dimension des Kampfes um das bolivarianische Projekt

Die internationale Meinungsbildung funktioniert wesentlich über bürgerliche Massenmedien und ist für die Entwicklungen in Venezuela von nicht unwesentlicher Bedeutung, da dadurch auch die Einstellung der Menschen zur Position einzelner Regierungen in Hinblick auf die Prozesse in Venezuela beeinflusst wird. Wilpert (im Interview mit Stratenwerth/Zeilner 2003: 7) erklärt am Beispiel Venezuelas, warum die internationale Presse (fast) ausschließlich die Meinung der nationalen Privatmedien, d.h. mit anderen Worten der Opposition, widerspiegelt. Zum Teil liegt diese einseitige internationale Berichterstattung am Mangel an ausländischen KorrespondentInnen in Venezuela, die, wenn sie für kurze Zeit vor Ort sind, die lokalen Medien heranziehen, welche wiederum – wie bereits gezeigt – mehrheitlich gegen Chávez und seine Politik sind. Ansonsten werden offensichtlich die über CNN und CNN-Spanien herausgegebenen Pressemitteilungen von den ausländischen Medien blind für die eigene Berichterstattung übernommen. An diesem Punkt kommen nun die Rolle der USA sowie die Verflechtungen zwischen Politik und dem Sender CNN ins Blickfeld, welcher als Sprachrohr der Bush-Regierung aufzutreten scheint.

Die US-Regierung ist der Chávez-Regierung nicht gerade wohlgesinnt. Wird doch dort ein Projekt entwickelt, das die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberaler Reformen offensichtlich in Frage stellt. Auch die Initiative Chávez' einer unabhängigen Ölpolitik, seine Reisen zu den von den USA verurteilten

„Schurkenstaaten“ sowie die Erhöhung des Ölpreises aufgrund der gesenkten Förderquoten scheinen den USA ein Dorn im Auge zu sein. Ebenso missfallen ihnen die gegenseitigen Freundschaftsbekundungen zwischen Chávez und Fidel Castro sowie die damit einhergehenden diversen Abkommen und Unterstützungsprogramme zwischen Venezuela und Kuba. Deutlich wurde die Ablehnung der USA gegenüber Chávez vor allem im Zuge des Putschversuches im April 2002. Während die US-Regierung zunächst „nur“ die Interimsregierung von Pedro Carmona sofort anerkannte und diese als „Ausdruck der friedlichen Demonstration“ (Ari Fleisch, Sprecher des Weißen Hauses, am 12.04.2002 zit. in Ramm 2002: 6) bezeichnete, wurden mit der Zeit die Verwicklungen der USA in den Putsch immer deutlicher. Nach der Auffassung zweier Vertreter der unabhängigen „Organisation für Angelegenheiten der Hemisphäre“ war die US-Regierung bereits vorher über das Putsch-Szenario gut informiert gewesen (vgl. detailliert Scher 2002). Dies wiederum würde die Frage bejahen, ob die CIA in seine Vorbereitungen involviert war. Zum „Verhängnis“ offizieller USAussagen wurde indes die bekundete Kenntnis eines allerdings nie vorhandenen Rücktrittsschreibens von Chávez, welche man laut Fleischer über Fax erhalten habe. Über die Quelle dieser Nachricht herrscht allerdings Schweigen (Ramm 2002b: 6).

Die offizielle Anerkennung oder Verurteilung der Übergangsregierung von Carmona im April 2002 durch die diversen Länder ist ein deutlicher Beleg für oder gegen Chávez und sein bolivarianisches Projekt. Neben den USA sprach sich auch Spanien sogleich für die Interimsregierung aus. Folgende Regierungen allerdings verurteilten den „nicht demokratisch legitimierten“ Vorgang in Venezuela auf dem Gipfeltreffen der Rio-Gruppe in Costa Rica am 13. April 2002: Mexiko, Brasilien und Argentinien bekundeten die Nicht-Anerkennung der Regierung. Alejandro Toledo, das peruanische Staatsoberhaupt, ging in seinen Forderungen noch weiter; er rief die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf, Sanktionen gegen Venezuela zu verhängen, würde das Land länger gegen die demokratische Ordnung verstoßen. Und auf Kuba wurde von Castro eine 30.000 Menschen umfassende Demonstration angeführt, die die Freilassung von Chávez forderte (Ramm 2002a: 7).

Auch die Ebene internationaler Organisationen und deren Statements sind im internationalen Meinungsbildungsprozess wichtig. Während der IWF-Leiter für Außenbeziehungen, Thomas Dawson, in Übereinstimmung mit der Bush-Regierung am 12. April 2002 einem Journalisten kund tat, dass der IWF bereit sei, die neue Verwaltung von Pedro Carmona in jeglicher Weise zu unterstützen (Im Original: „[...] we stand ready to assist the new administration in whatever manner they find suitable.“ Bretton Woods Project 2002) und so-

mit den Putsch gegen Chávez offiziell begrüßte, ist die Haltung der Weltbank etwas diplomatischer. So heißt es, dass die Bank in völliger Übereinstimmung mit den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Zielen der venezolanischen Regierung stehe, die ein beschleunigtes Wachstum, Armutsreduzierung und die Schaffung von erhöhter (Chancen-) Gleichheit und Gleichberechtigung der Bevölkerung vorsehen. Jedoch werden von Seiten der Weltbank auch Schwierigkeiten in der Verständigung darüber, mit welchen Mitteln diese erreicht werden sollen, gesehen (Weltbank 2002), was darauf schließen lässt, dass anscheinend das *wie* der bolivarianischen Politik nicht wirklich mit der Vorgehensweise der Weltbank im Einklang steht. Dies würde auch sehr verwundern – gehört die Weltbank doch zu den Institutionen, die – dem Washingtoner Konsens treu – neoliberale Wirtschafts- und Politikmaßnahmen weltweit durchzusetzen versuchen.

Die Beschäftigung der OAS mit Venezuela scheint intensiver zu sein. So wurden vor allem im Laufe des Jahres 2002 mehrere Resolutionen zur politischen Lage erlassen, welche am 9. Dezember mit einer Unterstützungserklärung der Regierung Chávez endeten, Hilfe für die Konsolidierung ihres demokratischen Prozesses zu leisten. Grundsätzlich nimmt das Generalsekretariat der OAS eine unabhängige Rolle ein, auf der Suche nach einer friedlichen, demokratischen und verfassungs- und wählerkonformen Lösung für die politischen Spannungen zwischen der Chávez-Regierung und der Opposition. Unter der Berücksichtigung der Initiative der venezolanischen Regierung, einen Prozess des Dialoges voranzutreiben und zu realisieren, soll diese Lösung gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) und dem Zentrum Carter gefunden werden (CP 2002).

Neben den bürgerlichen Massenmedien und der contra-Chávez-Berichterstattung wird jedoch auch Gegenöffentlichkeit aufgebaut, die das bolivarianische Projekt in einem anderen Licht erscheinen lässt. Dabei ist neben zahlreichen solidarischen Zirkeln vor allem auf das „Weltsolidaritätsforum mit der bolivarianischen Revolution“ zu verweisen, welches von 10. bis 14. April 2003 in Caracas stattfand. Namhafte TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Ländern waren der britische Schriftsteller Tariq Ali; Ignacio Ramonet, Bernard Cassen und José Bové, alle drei Repräsentanten der französischen globalisierungskritischen Bewegung Attac; Evo Morales, der bolivianische Indigenaführer; Robin Blackburn vom *New Left Review*; die chilenische Publizistin Marta Harnecker; Gloria Gaitán aus Kolumbien; der bereits erwähnte US-Soziologe James Petras sowie die irische Filmemacherin Kim Bartley u.v.m. (junge Welt 2003; Zehetmayer 2003: 14). Etwa drei Monate später, von 18. bis 20. Juni

2003, fand in Paris-St. Denis das „Erste Europäische Treffen der Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution in Venezuela“ statt. Delegierte der verschiedenen bolivarianischen Zirkel und Solidaritätsorganisationen aus vielen Ländern der Europäischen Union trafen hier zur Diskussion zusammen und verabschiedeten als Ergebnis der Gespräche die „Erklärung von Paris der Europäischen Bolivarianischen Zirkel“ (nachzulesen bei Trogar 2003).

3.3 Eckpfeiler bolivarianischer Politik

3.3.1 Partizipative Demokratie

Die Verfassung ist der Kernbestandteil des Bolivarianischen Projektes. In der Präambel der Bolivarianischen Verfassung ist das Ziel formuliert, die Republik neu zu begründen, „um eine demokratische, partizipative und führende, multiethnische und plurikulturelle Gesellschaft in einem föderalen und dezentralisierten Rechtsstaat zu errichten, welcher die Werte der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Friedens, der Solidarität, des Gemeinwohls, der territorialen Integrität, des Zusammenlebens und den Gesetzesrahmen für diese und zukünftige Generationen stärkt und der das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf Kultur und Bildung, auf eine soziale Rechtssprechung und auf eine Gleichheit ohne Diskriminierung oder irgendeine Form der Unterordnung sicherstellt [...] sowie die lateinamerikanische Integration in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Nicht-Intervention und der Selbstbestimmung der Völker voran treibt und festigt [...].“ (Constitución de la República Bolivariana de Venezuela 2000: 5 f.; freie Übersetzung durch die Autorin).

Die wichtigsten Elemente des Bolivarianismus sind hier bereits angesprochen: Es handelt sich um ein emanzipatorisches Projekt, das mit der Teilhabe aller Bevölkerungssektoren die ethnisch-kulturelle Vielfalt anerkennend eine neue demokratische Gesellschaft aufbauen will; in einem Staat, der Kollektivwerte wie Freiheit, Frieden, Solidarität, Wohlstand und Zusammenleben für die jetzige und künftige Generationen sowie Kollektivrechte wie das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf eigene Kultur, auf Bildung, auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ohne Diskriminierung und Unterordnung zu gewährleisten sucht. Indirekt gibt das Zitat auch bereits Aufschluss über die vorgesehene bolivarianische Außenpolitik, in der es prinzipiell um die Annäherung und Stärkung der regionalen Blöcke in Lateinamerika (insbesondere des MERCOSUR) bei gleichzeitiger Ablehnung der von den USA vorangetriebenen „Gesamtamerikanischen Freihandelszone“ (FTAA/ALCA) geht, was ein deutliches Einbremsen der neoliberalen Kontinentalisierung zur Folge haben soll.

Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, dass es sich hier bei der politischen Entscheidungsmacht des Volkes um mehr als eine Wahl der staatlichen Prä-

sentanten alle vier bis sechs Jahre oder um tagtägliche „politische“ Entscheidungen über das individuelle Markt- bzw. Kaufverhalten handelt, in der neoliberalen Überzeugung, dass der Markt und der neoliberal befreite Mensch „den Rest“ regeln.

Ein weiterer bedeutsamer Schritt, den Chávez mit seinem bolivarianischen Projekt gesetzt hat, ist die in Venezuela erstmalige Anerkennung der Rechte indigener Völker. (Für einen detaillierten Überblick über den Prozess der Anerkennung der Rechte indigener Völker in Venezuela siehe Schmidtkunz 2003: 66-71) In diesem Zusammenhang ist die damit einhergehende Anerkennung nicht nur der Vielfalt von Kulturen und ihrer spezifischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisationsformen, sondern vor allem von pluralistischen Rechtssystemen (Artikel 260) bedeutsam; was einem Angleichen der Rechtssysteme zur Beseitigung von Handels- und Investitionshindernissen im Sinne des Neoliberalismus diametral gegenüber steht.

Das Grundprinzip des Modells der partizipativen Demokratie der Regierung Chávez' sieht keinen Politik-, sondern einen Systemwechsel vor, indem den BürgerInnen mehr Pflichten und Rechte gegeben werden als in periodischen Abständen ihre Stimmen bei den offiziellen Wahlen abzugeben, wie es das Vorgängermodell der repräsentativen Demokratie vorsah. Die Rolle des Volkes als Souverän wird stark betont; seine Entscheidungen sollen direkten Einfluss auf die Politik haben (Vivas Velasco im Interview mit Neuber, Juni 2003). Gleichzeitig geht es um die Übernahme von Verantwortung der BürgerInnen im Zuge von Volksinitiativen, die das Recht haben, sich zusammen zu schließen, um als Basisorganisationen (sog. *Círculos Bolivarianos*) mit der Bolivarianischen Verfassung in den Händen und dem Bewusstsein um ihre sozialen Rechte ihre Alltagsprobleme – Trinkwasser- und medizinische Versorgung, Bildung, Verkehrsanbindung, Sicherheit, aber auch ihre Arbeitssituation – in Angriff zu nehmen und rasch zu einer Lösung zu finden (Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003; Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

Ihre politische Bedeutung liegt darin, den Erfolg des revolutionären Prozesses zu garantieren. Das Volk muss sich vereinen und organisieren, um die Verteidigung und die Vertiefung der politischen und sozialen Veränderungen abzusichern, und zwar indem der Einfluss des Gemeinwesens auf die Amtsführung der Regierung zunimmt und indem das politische und ideologische Bewusstsein gestärkt wird, um einer Gegenrevolution entgegen zu wirken (García Ponce 2001). Die soziale Kontrolle der Amtsführung der Regierung zeigt sich in dem verfassungsmäßigen Recht und den darin enthaltenen Möglichkeiten, gemeinsam mit den Regierungsinstanzen der sog. *Consejos Locales de Planificación* über (Entwicklungs-) Projekte, Budget und Finanzierung zur Verbesse-

rung der Situation der Betroffenen zu entscheiden (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003).

Ein weiteres deutliches Element der Partizipation und Volkssouveränität liegt in dem Recht auf Widerruf eines jeden Regierungsabgeordneten, von Gemeindeebene bis zum Präsidenten. Die Artikel 72 bis 74 der Bolivarianischen Verfassung legen die Bestimmungen des Referendums fest. Nach der Hälfte der Amtszeit muss sich jede Beamtin bzw. jeder Beamte einem Referendum stellen, sofern mindestens 20% der wahlberechtigten Stimmen dafür sind. Um die betroffene Person im Amt zu bestätigen, muss die Anzahl der Stimmen, mit der die Beamtin oder der Beamte ursprünglich gewählt wurde, um mindestens eine weitere Stimme überschritten werden. Verantwortlich für die Durchführung und die Erstellung der notwendigen Vorgehensweisen der Durchführung eines solchen *referendo revocatorio* ist der unabhängige Nationale Wahlrat (CNE).

3.3.2 *Anti-neoliberale und solidarische Wirtschaftspolitik*

Interessant ist, dass Chávez gar nicht mit einem sonderlich radikal anti-neoliberalen Wirtschaftsprogramm angetreten ist. Auch unmittelbar nach Regierungsantritt argumentierte man in diesem Bereich eher vorsichtig und schwammig (Maringoni 2004). Dies hat sich dann im Zuge des starken Widerstands, mit dem sich die Regierung konfrontiert sah, jedoch erheblich geändert. So charakterisiert Manuel Gutiérrez, Vertreter der Venezolanischen Botschaft in Wien, die bolivarianische Wirtschaftspolitik mittlerweile klar als ein anti-neoliberales, nicht aber antikapitalistisches Modell. Erklärend verweist er darauf, dass die aktuelle Verfassung zwei Wirtschaftsarten für Venezuela vorsieht: Die Marktwirtschaft und die soziale – oder auch solidarische – Wirtschaft. Der Staat habe die Verpflichtung die Marktwirtschaft zu bewahren, allerdings zugunsten eines verstärkten Binnenmarktes zur Überwindung der Abhängigkeit insbesondere von Lebensmittelimporten (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Diese Politik der Steigerung der Selbstversorgungskapazität steht damit klar im Gegensatz zu neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitiken, die auf noch größere internationale Handelsverflechtungen setzen (Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003). So verwundert es beispielsweise auch nicht, dass Artikel 113 der Verfassung Monopole verbietet. Weiters verpflichtet sich der Staat, die solidarische (sozial-partizipative) Wirtschaft zu intensivieren und notwendige Bedingungen für die Lösung der sozialen Probleme durch die solidarische Wirtschaft bereit zu stellen. So soll die kollektive, gemeinschaftliche Organisation der Produktion angeregt werden, was wieder der privaten, individuellen Produktionsbasis im Sinne des Kapitalismus und Neoliberalismus entgegen steht (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Ein

weiteres Detail, welches ich noch anführen möchte, ist die neu gegründete Institution *Banco para Mujeres*. Sie vergibt Mikrokredite für spezifische Frauenprojekte, vor allem zur Förderung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit. Die finanzielle Ausstattung der Bank läuft über einen Fonds, den die Regierung eingerichtet hat und in den Überschüsse aus dem internationalen Erdölgeschäft fließen.

Prinzipiell geht es also um das Einschlagen neuer Entwicklungswege, welche mit dem Konzept einer endogenen oder autozentrierten Entwicklung beschrieben werden könnten. Ganz in diesem Sinn müssen auch die Ereignisse in der Erdölindustrie betrachtet werden. Das von Chávez als „Wiederauferstehung“ bezeichnete Treffen der OPEC in Caracas im Oktober 2000 brachte zwei bedeutsame Ergebnisse: Erstens hält sich Venezuela seitdem an die vereinbarten Förderquoten, was einer Drosselung der Ölexporte gleich kommt, und zweitens treibt dies den Ölpreis in die Höhe, was deutliche Einnahmesteigerungen zur Folge hat (Info-Verteiler 2003: 52). Voraussetzung dafür war der Austausch der Vorstandsmitglieder der Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima* (PDVSA). Eine Vorgehensweise, die nach der Regierungsübernahme durch eine andere Partei bisher in Venezuela durchaus üblich war. Zudem wurden nach dem großen Generalstreik im Dezember 2002, den man auch als Erdölputsch bezeichnen kann, 3.000 Leute aus dem Führungsmanagement, die den Destabilisierungsplan der Opposition unterstützten, abgezogen und teilweise mit (ehemaligen) (Mit)Arbeitern ersetzt (Kuppe 2002: 24; Tagliaferro 2003: 6). Die endgültige Übernahme der PDVSA durch Chávez-loyale Kräfte stellt eine notwendige Absicherung der Regierung in diesem – für Venezuela strategisch bedeutendsten – ökonomischen Sektor dar (Maringoni 2004).

Exportsteigerungen, wie es das neoliberale Projekt unter anderem auch vorsieht, würden der verfolgten endogenen Entwicklung grundsätzlich entgegen wirken, so Gutiérrez, weil das exportorientierte Modell die nationale Produktion nach den externen Bedürfnissen ausrichte und nicht nach den internen. Dem will man nun entgegenwirken, indem die Wirtschaft zunehmend diversifiziert werden soll. Dabei gilt es vor allem, die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie zur Substituierung der Nahrungsmittelimporte gemäß der bolivarianischen Konzeption von Gesellschaft mittels der Förderung von Kooperativen durch Subventionen wieder anzukurbeln (Interview mit Gutiérrez am 2.12.2003). Überdies sind die Versuche, grenzüberschreitende Finanztransaktionen zu besteuern, interessant. Damit soll erstens Finanzspekulationen Einhalt geboten werden, zweitens will man so an den großen Gewinnen des internationalen Kapitals teilhaben und drittens soll damit die Devisen-

flucht, die dramatische Ausmaße angenommen hatte, beendet werden (Tagliaferro 2003: 6). Das Ziel eines ökologischen Wirtschaftens findet seinen ersten Niederschlag ebenfalls in der Präambel der aktuellen Verfassung. Auch in diesem Zusammenhang kann die Drosselung der Erdölexporte gesehen werden; denn weniger Erdölförderung heißt auch verlangsamte Suche nach neuen Erdölvorkommen mittels Explorationen und das bedeutet wiederum weniger Umweltbelastung. Ein anderes Beispiel für umweltbewusste Politik ist das *Ley de Pesca*, welches Einschränkungen in der Schleppnetzfisherei vorsieht. Steigerungen in den Fischfangerträgen werden damit gebremst und die irreparable Zerstörung der maritimen Flora und Fauna durch die Schleppnetze verhindert (Gómez 2001).

Betreffend die Handelspolitik spricht sich Chávez deutlich gegen die Realisierung von ALCA aus: „Mit Realisierung der ALCA würden wir den Weg zu noch schrecklicheren Ungleichheiten in unserer von Gewalt heimgesuchten Gesellschaft eröffnen. ALCA zu unterschreiben hieße den Akt des Todesfalles unserer Völker zu unterschreiben.“ (Otaegi 2003; freie Übersetzung durch die Autorin).

Als Alternative zu ALCA wird etwa eine Intensivierung des MERCOSUR angeführt. Überdies wird die Schaffung eines Lateinamerikanischen Währungsfonds zur monetären Stabilisierung der Region angeregt. Außerdem wird eine stärkere regionale Kooperation im Bereich strategischer Sektoren – wie etwa Erdöl – gefordert (Otaegi 2003; Tagliaferro 2003).

3.3.3 Agrarreform als Basis für eine solidarische autonome Ökonomie

Die bolivarianische Agrarreform zielt darauf ab, nicht produktiv genutztes Land neu zu verteilen. Davon betroffen sind vor allem Großgrundbesitzer, die meist in Folge der Agrarreform von 1961 – großteils widerrechtlich – zu riesigen Flächen von Land gekommen sind, für die keinerlei gültige Besitztitel vorliegen und die somit rechtens dem Staat gehören. Ihre Ländereien werden mit dem *Ley de la Tierra* an Bauern und Kleinproduzenten, bevorzugt in Form von Genossenschaften, übergeben. Die Großgrundbesitzer erhalten den Marktpreis für die Grundstücke, die enteignet werden. Bis Mitte des Jahres 2003 sind 20.000 Familien in den Neubesitz von Agrarland von durchschnittlich 10 Hektar gekommen; im Jahr 2003 sollen insgesamt mehrere 100.000 Hektar verteilt worden sein (Gómez 2001; Info-Verteiler 2003: 9; Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003; Tagliaferro 2003: 6).

Es geht aber nicht nur um die Zuteilung von brachliegendem Ackerland, sondern insbesondere auch um die Vergabe von Landtiteln an die *Barrio*-BewohnerInnen in urbanen Gebieten, vor allem in Caracas. Diese Landtitulie-

rungsprogramme bedeuten die Legalisierung der Wohnstätten vormalig an sich illegaler SiedlerInnen. Dies soll den neuen GrundbesitzerInnen helfen, sich gegen SpekulantInnen, die ein „profitables“ Geschäft machen wollen, zu wehren und sie auch vor Vertreibung schützen. Für die Vergabe von öffentlichem Land haben sich in den Städten *Comités para Tierras Urbanas* gebildet, die mit den staatlichen Instanzen eng zusammenarbeiten. Getragen von sozialen Absichten hat die Agrarreform allerdings auch eine gewichtige wirtschaftspolitische Funktion: Sie ist ein Element in der kohärenten Verfolgung, die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten zu überwinden (Info-Verteiler 2003: 9; Kuppe im Interview mit derStandard.at im Juni 2003).

Im Zusammenhang mit der Agrarreform und in Hinblick auf eine diesbezügliche Sondergesetzgebung für die indigenen Völker zeigt sich wiederholt ein differenzierter, nicht unilateraler, sondern plurilateraler Ansatz zur Lösung der Problemfelder bestimmter sozialer Gruppen oder in diesem Fall der indigenen Völker. Mit dem Kapitel 8 der Venezolanischen Verfassung wurden die Rechte der indigenen Völker erstmals in Venezuela festgeschrieben. Diese sehen unter anderem einen eigenen rechtspolitischen Status der indigenen Ethnien sowie eine unabhängige indigene Rechtssprechung vor. Die Demarkierung des jeweiligen indigenen Territoriums steht allerdings zunächst an oberster Stelle, wobei darauf Rücksicht genommen wird, dass Weitläufigkeit für Jagd- und Sammelaktivitäten sowie die spezifischen Anbaumethoden aus einer Kombination extensiver Nutzung des Bodens mit *shifting cultivation* und Mischkulturen für das Überleben der indigenen Völker auf ihren Territorien entscheidend sind.

3.3.4 Die Sozialpolitik

Der bolivarianische Prozess konnte bisher zwar sozialpolitisch deutliche Erfolge verzeichnen, die ökonomische und damit die soziale Lage ist von den Unternehmerstreiks 2002 und 2003 jedoch nicht unerheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Dennoch wurden gegengleich die Sozialausgaben deutlich ausgeweitet: Die Gesundheitsausgaben stiegen von 2,5% des PIB 1998 auf 5% im Jahr 2003, die Kindersterblichkeit konnte so von 21 auf 17 Promille gesenkt und die Untergewichtigkeit bei Neugeborenen von 9% auf 6% verringert werden; das Bildungsbudget wurde von 3% des PIB 1998 auf 6,8 (7)% im Jahr 2002 (2003) angehoben. Dies muss in einem engen Zusammenhang mit der 40%igen Steigerung von neuen Schuleinschreibungen gesehen werden; die Armut konnte von 49,4% (1999) auf 45,5% (2001) gesenkt werden, die absolute Armut von 21,7% (1999) auf 17,4% (2001); das Trinkwassernetz wurde seit 1998 für weitere zwei Millionen EinwohnerInnen, die zuvor keinen Zugang hatten, erweitert; der Mindestlohn, der bis Februar 1999 100.000,- Bolívares

monatlich betrug, wurde bis Ende September 2002 auf 190.080,- Bs. erhöht und beläuft sich mittlerweile auf 247.104,- Bs. monatlich, was einer realen jährlichen Steigerung von 12,4% entspricht. Schließlich wurde innerhalb von 2 Jahren der Bau von 92.000 Wohnungen gefördert, was dem Gesamtwert der neu errichteten Wohnungen zwischen 1989 und 1998 entspricht (Tagliaferro 2003: 6; Vilker 2003: 96; SISOV 2003).

Die in Gang gesetzten Sozialprogramme betreffen zunächst vor allem die Bereiche Gesundheit und Bildung. Nutznießer in den Städten sind vor allem die *Barrio*-BewohnerInnen, die mit den diversen Plänen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage und ihrer Lebensqualität erreicht werden sollen.

Die zwei Hauptpfeiler dieses für die besonders armen Viertel entwickelten Programms sind in einem ersten Schritt Alphabetisierungsmaßnahmen und das Zur-Verfügung-Stellen einer ärztlichen Grundversorgung. Der Plan beinhaltet in einem zweiten Schritt den Ausbau der sog. bolivarianischen Schulen, Sportmöglichkeiten, Sozial- und Jugendarbeit, Betonierung der unbefestigten Straßen und Treppen, Reparaturen von Häusern sowie Rechtsberatung.

- *Misión Robinson*: Namensgeber dieses Programmes ist der Lehrer und Mitkämpfer von Simon Bolívar, Simon Rodriguez, dessen Publikationen das Pseudonym „Robinson“ tragen. Ganz im Sinne Bolívars, der Bildung als die Voraussetzung für die Entwicklung eines Volkes ansah, wird auch hier Alphabetisierung als Bedingung dafür erachtet, dass Menschen sich politisch betätigen, ihr Leben bewusst zu gestalten beginnen und so ihren GegnerInnen trotzen können. Ziel ist es, landesweit ein bis zwei Millionen Menschen zu alphabetisieren, wobei der Fokus zunächst in den *Barrios* liegt. Als eine weitere unabdingbare Voraussetzung – neben der Fähigkeit Lesen und Schreiben zu können – um sich politisch zu betätigen, ist die Registrierung und der Besitz eines Ausweises als rechtlich anerkannte/r BürgerIn. Die *Misión Identidad* geht dieser Notwendigkeit landesweit nach (Arvelaiz / Durán 2003).

Inhalt der *Misión Robinson* ist auch die Idee der „Volksbibliothek“: *Alle SchülerInnen sollen kostenlos 15 bis 20 Bücher, vor allem zu den Themen Politik und Geschichte sowie Verfassung, erhalten. Weiters sollen insgesamt 500.000 LehrerInnen (Voraussetzung sind drei Jahre Oberstufenausbildung) zum Einsatz kommen. Die Kurse belaufen sich auf drei Monate, die Bezahlung liegt bei 150% des Mindestlohnes pro Monat. Als Vorbild gelten die Alphabetisierungserfolge im Zuge der Revolution auf Kuba. Darum verwundert es nicht, dass etwa 500 KubanerInnen bei der Einschulung der LehrerInnen tätig sind. Hierin begründet liegen die polemischen Äußerungen der Opposition, dass sich Venezuela „kubanisiere“. 100.000 freiwillige VenezolanerInnen, darunter*

auch Indigenas, nehmen bereits in Form einer Lehr- oder Verwaltungstätigkeit aktiv an dem Programm teil (Cañizález 2003; Info-Verteiler 2003: 9).

- *Barrio-Ambulanzen:* Da die *Barrios* bisher ärztlich vollkommen unzureichend versorgt wurden, richtet die Regierung Ambulanzen für die grundlegende Gesundheitsversorgung der dortigen Bevölkerung ein. Eingebunden in diese Mission sind vor allem freiwillige kubanische ÄrztInnen und ArzthelferInnen, die für ein sehr geringes Gehalt arbeiten und bei den AnrainerInnen der Ambulanzen untergebracht sind. Somit wohnen und leben sie mit den *Barrio*-BewohnerInnen zusammen, was den Vertrauensbildungsprozess begünstigt.
- *Mercado popular:* Hierbei handelt es sich um Lebensmittelpakete von der Regierung, die in den Armenvierteln billig verkauft werden. Ziel ist die Sicherstellung einer ausreichenden und ausgewogenen Ernährung auch für die Ärmsten (Info-Verteiler 2003: 9).

Prinzipiell ist hier das Ziel, einen unentgeltlichen Zugang nicht nur zur Grundausbildung, sondern seit Ende Juli 2003 auch zur bolivarianischen Volksuniversität zu garantieren. Weiters gibt es in den bolivarianischen Schulen eine Grundnahrungsversorgung (Frühstück und eine warme Mahlzeit) für die SchülerInnen, um die Aufnahmefähigkeit zu erhöhen und vor allem, um Kinder in die Schule zu holen, die sonst informellen Tätigkeiten nachgehen und den Schulbesuch ver(ab)säumen.

Weiters sieht das *Ley de Educación* (Artikel 102 bis 111) *weitreichende Regelungen für Privatschulen vor. Während früher private Bildungsinstitutionen völlig unabhängig waren, sind sie heute gegenüber dem Staat rechenschaftspflichtig und müssen ihre Lehrpläne offen legen bzw. an staatliche Vorgaben anpassen. In Artikel 107 werden diese grob umrissen: Es geht um eine obligatorische Umwelterziehung, die Erziehung zu BürgerInnen, um die Lehre der spanischen Sprache (el castellano), der Geschichte und Geographie Venezuelas sowie um die Übermittlung der Prinzipien des bolivarianischen Gedankengutes (Gespräch mit Kuppe am 6.12.2003; Gómez 2001).*

Diese Art der Sozialpolitik, in der es nicht um punktuelle Notprogramme zur Armutsreduzierung geht, sondern um ein langfristiges Projekt zur Steigerung der sozialen Kapazitäten der (armen) Bevölkerung, ist ein weiteres Kennzeichen anti-neoliberaler Politik.

4. Bolivarianismus als gesellschaftspolitische Alternative?

Die politökonomische Analyse hat gezeigt, dass sich eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber dem Modell der repräsentativen

Demokratie breit gemacht hat. Vor allem ab den 1980er Jahren, in denen zunehmend die negativen Auswüchse des vormals stabilen Systems in Erscheinung traten, wurde diesem Modell die Legitimation entzogen: Die Finanzkraft ließ nach; aufgrund von Parteienfilz und Korruption nahm die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien ab, den Forderungen der heterogenen, von mächtigen Minderheiten getragenen Gruppen nachzugehen; vor allem aber stiegen die Ansprüche der breiten Massen am Reichtum und an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen teilhaben zu wollen. Im Zuge der (versuchten) Einführung und Durchsetzung neoliberaler Politiken kam die Diskrepanz zwischen den politischen RepräsentantInnen und Mächtigen und der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Als Zeichen der Unzufriedenheit und der gewachsenen Mündigkeit der Menschen kam es im Februar 1989 zu einer sozial-explosiven Protestaktion, die als *Caracazo* in die Geschichte Venezuelas einging. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigten einen politischen (System-)Wechsel, der allerdings erst 10 Jahre später eintreten sollte.

Die detaillierten Ausführungen hinsichtlich der Faktoren, die dafür sprechen, dass der Bolivarianismus von Chávez ein alternatives und zugleich anti-neoliberales Modell zu begründen versucht, bekräftigen die Annahme einer gesellschaftspolitischen Alternative. Auch wenn sich die bolivarianische Wirtschaftspolitik zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft bekennt, so darf der Blick darauf nicht verschränkt werden, dass daneben eine sozial-solidarische Wirtschaft auf- und ausgebaut werden soll. Das kapitalistische System soll hingegen vielmehr zur Umverteilung finanzieller Ressourcen genutzt werden, als der stetig steigenden Kapitalakkumulation einiger weniger zu dienen. Die Bedeutung von Eingriffen in diesen kapitalistischen Markt nach Chávez belegt das folgende Zitat des venezolanischen Präsidenten: „Mit der unsichtbaren Hand des Marktes hat man die Politik als Akteur zum Verstummen gebracht.“

Dass die kohärente Partizipation der breiten Bevölkerung, die in dem Konzept der partizipativen Demokratie zum Ausdruck kommt, das Kernstück des bolivarianischen Ansatzes darstellt, ist deutlich geworden. Hierin liegt auch der Dreh- und Angelpunkt in der Erklärung des Bolivarianismus als gesellschaftspolitische Alternative und somit als anti-neoliberales Modell. Man kann folglich von einer durchgängigen Ideologie sprechen und muss beides ineinandergreifend analysieren. In dem Sinn muss ich auch meine eingangs formulierte These bestätigen: Das bolivarianische Projekt baut auf einem politischen Bewusstseinsbildungsprozess auf, um eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und somit eine politische Teilhabe über den offenen Zugang für alle zu schaffen. Erweiternd lässt sich noch anfügen, dass ein solcher Prozess – will

er erfolgreich sein – mit einer tatsächlichen Übertragung politischer Entscheidungsmacht auf die Bevölkerung einhergehen muss.

In Hinblick auf die Rollen des Militärs und der Medien im derzeitigen Venezuela ist es im ersten Fall besonders wichtig, die patriotischen Teile zu (re-)organisieren und ihre Basis weiter auszubauen, um einem oppositionellen Putsch entgegen zu wirken bzw. ihn im Keim ersticken zu können. Damit tragen die Streitkräfte zu Überleben, Weiterbestand und der weiteren Konsolidierung der „bolivarianischen Revolution“ in bedeutsamem Ausmaß bei. Dem gegenüber steht die von der Opposition getragene Übermacht der Privatmedien – mittels manipulativer Berichterstattung wird versucht, die Erfolge und Legitimität des bolivarianischen Projektes und des Präsidenten zu ignorieren und zu sabotieren. An dieser Stelle anzusetzen versucht das Gesetz über die soziale Verantwortung der Medien. Meines Erachtens müssen jedoch weitere Anstrengungen von Seiten der *chavistas* unternommen werden, um für eine wirklichkeitsstreue und umfassendere Informationsversorgung nicht nur der nationalen Bevölkerung, sondern auch international zu sorgen.

Was schließlich die internationalen Reaktionen auf das bolivarianische Projekt anbelangt, so wurde gezeigt, wie wichtig es ist, mehrere Ebenen bei der Analyse zu berücksichtigen. Es wurden die Ebenen der Regierung, der Zivilgesellschaft und von internationalen Institutionen untersucht und ausgeführt, wer Chávez und das bolivarianische Projekt unterstützt und wer eine (deutlich) ablehnende Haltung ihm und seiner Politik gegenüber einnimmt.

Zusammenfassend lässt sich das bolivarianische Projekt als eine Emanzipation „von oben“ für eine Bewegung „von unten“ beschreiben. Über die direkte politische Teilhabe und Kontrolle bei gleichzeitiger Förderung eines politischen und kritischen Bewusstseinsbildungsprozesses soll das Schaffen von Öffentlichkeit und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens, der Gesellschaft und des Gemeinwesens erreicht werden. Die bolivarianischen Zirkel, die neuen lokalen Instanzen und die Möglichkeit des Referendums sollen den Zugang und die Teilhabe „aller“ ermöglichen. Dem gegenüber steht ein neoliberales Modell, welches darauf abzielt, die politische Teilhabe der Menschen auf die in periodischen Abständen stattfindenden Wahlen ihrer repräsentativen VertreterInnen sowie auf die alltäglichen Marktentscheidungen als KonsumentInnen zu reduzieren.

Eine weitere Bestätigung für die bolivarianisch-gesellschaftspolitische Alternative liegt in der Zusicherung der rechtlichen (*Misión Identidad*) und materiellen Basis im Zuge der Schaffung von Öffentlichkeit. Der Ausbau der (bolivarianischen) staatlichen Schulen bei gleichzeitiger Kontrolle über die privaten Bildungseinrichtungen, der Ausbau des staatlichen Gesundheitssystems wie

auch die statistisch belegten Zahlen der Erhöhung beider Budgets sprechen für sich. Es handelt sich letztlich um ein langfristig angelegtes Projekt zur Reduzierung der Armut und zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen in Venezuela. Der vorherrschende Neoliberalismus schlägt vollkommen andere Wege ein, liegt hier doch die Lösung in punktuellen Armutsreduzierungsstrategien und in der Privatisierung der vormals staatlichen sozialen Einrichtungen wie des Gesundheitssystems und der Bildungsinstitutionen zur Steigerung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Ein weiteres wichtiges Element einer materiellen Grundsicherung liegt in der Vergabe von Eigentumsrechten an Grundstücken in den Barrios der Großstädte, mit Schwerpunkt auf Caracas, sowie der Agrarreform, die ich hier auf einen „Rückkauf“ und eine neue Zuteilung von Land inklusive rechtmäßiger Besitztitel durch den Staat reduzieren möchte. Der Marktmechanismus, das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, wird in diesem Fall ausgeschaltet.

Die vorgesehene Entwicklung hin zu einem multiethnischen und plurikulturellen Staat, so wie es die neue Verfassung vorsieht, findet ihren Niederschlag in der Anerkennung der Rechte indigener Völker und in dem derzeit stattfindenden Prozess zur Verwirklichung eines Rechtspluralismus.

Dies alles impliziert eine weitgehende Umsetzung von Entwicklung als Freiheit im Sinne Sens, der Entwicklung als die Freiheit des Menschen versteht, möglichst viele Möglichkeiten zu haben, das eigene Leben so zu führen, wie man es sich vorstellt. Somit müssen die Regeln einer Gesellschaft mitgestaltet werden können, wobei die soziale Gleichheit als Chancengleichheit aller daran teilzunehmen eine notwendige Bedingung darstellt. Dieser Gestaltungsprozess muss auf vernünftigen Überlegungen, auf Kommunikation und der kollektiven Bearbeitung von Interessenskonflikten beruhen, um die Dialektik von Freiheit und (erneuten) Zwängen zu organisieren (Esser u.a. 1994: 217-227). Schlussendlich schließt die gesellschaftspolitische Alternative des Bolivarianismus auch eine Wertschätzung der Vielfalt und den Respekt gegenüber dem Anderen mit ein und steht somit einer neoliberalen Ausrichtung nach Einheitlichkeit und ganz allgemein Angleichung von Systemen diametral gegenüber.

Literatur

- Apatia-No (2002): Acerca del 27 FEB (El Caracazo). http://www.geocities.com/apatiano/E_27f.htm, 9.04.2005.
- Areion Edition (2001): Bolivarische Republik Venezuela. /2001. <http://www.urbanplus.tintagel.net/venezuela.html>, 31.10.2001.
- Arvelaiz, Maximilian/Durán, Moisés (2003): Venezuela, la encrucijada histórica de un pueblo. ALAI-AMLATINA. Preetext, 24.11.2003.

- Asamblea Nacional Constituyente (2000): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela 1999. Caracas: La Piedra.
- Bretton Woods Project (2002): IMF welcomes Coup in Venezuela. 7.05.2002. [http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd\[126\]=x-126-16229](http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd[126]=x-126-16229), 10.10.2003.
- Cañizález, Andrés (2003): ¿Se cubaniza Venezuela? .07.2003. http://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.html, 28.08.2003.
- CP (Consejo Permanente de la OEA) (2002): Respaldo a la institucionalidad democrática en Venezuela y a la gestión de facilitación del Secretario General de la OEA. 16.12.2002. <http://www.oas.org/OASpage/eng/Venezuela/CP10628S01.htm>, 10.10.2003.
- DerStandard.at (2003): Keine Beweise, dass Chávez die Círculos Bolivarianos bewaffnet. E-Mail-Interview mit René Kuppe: Lateinamerika sieht im derzeitigen Prozess eine reale Alternative zu den Auswüchsen des weltweit verordneten neoliberalen Modells. 23.06.2003. <http://derstandard.at/druck.asp?id=1329974>, 24.06.2003.
- Díaz, Rolando (1993): Hintergründe und Ursachen der gewerkschaftlichen Krise in Venezuela. In: Köhler, Holm-Detlev/Wannöffel, Manfred (Hg.): Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 147-157.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (1994): Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“. In: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg: VSA.
- García Ponce, Guillermo (2001): Características de la organización del pueblo. El Mundo Viernes. Oktober 2001. http://www.geocities.com/rbhistoria/Circulos/art_CB_GarcioPonce.htm, 27.08.2003.
- Gómez Gómez, Juan Vicente (2001): Veamos el por qué. Caracas, 28.11.2001. <http://www.geocities.com/rbhistoria/Leyes/veamosporque.htm>, 27.08.2003.
- Harnecker, Marta (2003): Also sprach Zarathustra. <http://freitag.de/2003/04/03040401.p.h.p>, 17.01.2003.
- Info-Verteiler (2003): Der revolutionär-bolivarianische Prozeß in Venezuela. September 2003. Stiftgasse 8. Wien.
- junge Welt (2003): Caracas TeVe. Wochenendbeilage vom 21.06.2003. <http://www.jungewelt.de/2003/06-21/027.php>, 24.06.2003.
- Kornblith, Miriam (1996): Krise und Wandel des politischen Systems in Venezuela. In: Hofmeister, Wilhelm/Thesing, Josef (Hrsg.): Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika. Frankfurt am Main: Vervuert, 367-405.
- Kuppe, René (2002): Das tapfere Volk. In: Südwind-Magazin Nr. 6, Juni 2002, 24.
- Luengo, Néstor Luis/González, Lissette (1995): La pobreza en Venezuela. In: Contribuciones 47 (3), 167-192.
- Maringoni, Gilberto (2004): A Venezuela que se inventa. Poder, petróleo e intriga nos tempos de Chávez. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo.

- Melcher, Dorothea (1999): Venezuela: eine friedliche Revolution? In: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): Lateinamerika Analysen und Berichte. Migrationen. Band 23. Bad Honnef: Horlemann Verlag, 212-223.
- Netzwerk Venezuela (2005): Das neue Mediengesetz unter der Lupe. Ein Angriff auf die Meinungsfreiheit? <http://www.netzwerk-venezuela.de/inhalt/artikel/detail.php?nr=283&kategorie=artikel>, 9.04.2005
- Neuber, Harald (2003): Neue Basisdemokratie in Venezuela: Kann Gesellschaft verändert werden? Interview mit Ramón Darío Vivas Velazco (Rechtsanwalt und Abgeordneter des venezolanischen Parlaments für die MVR). Juni 2003. <http://www.jungewelt.de/2003/06-11/017.php>, 24.06.2003.
- Novy, Andreas/Jäger, Johannes (2003): Internationale Politische Ökonomie. Das Beispiel Lateinamerika. Virtuelles Skript von LASON. <http://www.lateinamerikastudien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-titel.html>, 31.10.2003.
- Otaegi, Leire (2003): Propuestas regionales de Chávez. 19.12.2003. http://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.htmlhttp://www.rnw.ul/sp/toolbar/informe_venezuela.html, 28.08.2003.
- Ramm, Tommy (2002a): Hugo wieder Boss. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 355, Mai 2002, 4-8.
- Ramm, Tommy (2002b): Washington hat sich zu früh gefreut. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 355, Mai 2002, 6.
- Ramonet, Ignacio (2003): Kontrolle ist besser. In: Le Monde diplomatique. Nr. 7178. 10.10.2003. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/10/10.mondeText.artikel,a0227.idx,1>, 31.10.2003.
- Scher, Andre (2002): Chávez auf Versöhnungskurs. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 336, Juni 2002, 7-9.
- Schmidtkunz, Franziska (2003): Autodesarrollo indígena. Die gelebte indigene Perspektive auf Entwicklung. Eine ethnologische Analyse mit Beispielen aus Venezuela. Diplomarbeit: Wien.
- Schmidt-Relenberg, Norbert/Kärner, Hartmut/Köhler, Volkmar (1980): Selbstorganisation der Armen: ein Bericht aus Venezuela. Frankfurt am Main: Vervuert.
- SISOV (Sistema Integrado de Indicadores Sociales para Venezuela) (2003): Empleo y remuneraciones. <http://www.sisov.mpd.gov.ve/indicadores/empleo/empleoremuneraciones/.../index.htm>, 12.12.2003.
- Stratenwerth, Dinah/Zeiler, Stephanie (2003): „Venezuela hemmt den Irak-Krieg“. Interview mit dem Soziologen Gregory Wilpert. In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 344, Februar 2003, 7-8.
- Tagliaferro, Eduardo (2003): Venezuela und die Tobin-Steuer. In: Lateinamerika Anders 28 (Nr. 1), Februar 2003, 6.
- Trogar, Carlos (2003): Europäische Solidarität mit der Bolivarischen Revolution. In: Lateinamerika Anders. Panorama Nr. 4, September 2003, 28-29.
- Vilker, Ana Silvia (2003): Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus. In: Journal für Entwicklungspolitik. Drei Jahrzeh-

- te Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven Vol. XIX (Nr. 3-2003). Wien: Mandelbaum Edition Südwind, 87-99.
- Weltbank (2003): Venezuela - Interim country assistance strategy. 18.11.2002. http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDS_IBank_Servlet?pcont=details&eid=000094946_02112704014929, 31.10.2003.
- Werz, Nikolaus (1983): Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela. München/Köln/London: Weltforum Verlag.
- Wilpert, Gregory (2003): Venezolanische Opposition in der Sackgasse? In: Lateinamerika Nachrichten Nr. 344, Februar 2003, 4-5.
- Zehetmayer, Birgit (2003): Keine Atempause für Chávez. In: Lateinamerika Anders 28 (Nr. 3), Juni 2003, 13-16.
- Zelik, Raul (2003): Zur politischen Situation in Venezuela. Interview mit Roland Denis (seit 25 Jahren in der linksradikalen Bewegung in Venezuela aktiv, saß bis 03/2003 im Planungsministerium der Regierung Chávez). August 2003. http://www.links-netz.de/T_texte/T_zelik_venezuela.html, 01.12.2003.

Interviews

- Franziska Herdin mit Manuel Gutiérrez. Venezolanische Botschaft in Wien. 2.12.2003.
- Franziska Herdin mit René Kuppe. 2. Gesamtösterreichische Entwicklungstagung Graz. 6.12.2003.

Abstracts

Der bolivarianische Prozess in Venezuela wird in politökonomischen und gesellschaftspolitischen Diskussionen häufig als möglicher alternativer Weg zum vorherrschenden Neoliberalismus herangezogen. Der vorliegende Beitrag erklärt, warum diese Deutung richtig ist, und zeigt, dass es sich beim Bolivarianismus um eine durchgängige Ideologie handelt, welche eine gesellschaftspolitische Alternative und somit ein anti-neoliberales Modell zum Ziel hat. Aufbauend auf den historischen Entwicklungen in Venezuela – Wegbereiter für die bolivarianische Politik – wird der Bolivarianismus einer genaueren politökonomischen Analyse unterzogen. Dabei werden auch die Rolle des Militärs sowie die Bedeutung der nationalen und internationalen Medienlandschaft unter die Lupe genommen.

In politico-economical and sociopolitical discussions the bolivarian process in Venezuela is often referred to a possible alternative way to the predominant neoliberalism. The present article explains why this interpretation is correct and shows the continuous ideology of the bolivarianism, which aims at a sociopolitical alternative and consequently at an anti-neoliberal model. On the basis of historic developments in Venezuela – precursor of bolivarian politics – the bolivarianism is subject to a specific politico-economical analysis. In doing so the role of the Military and the significance of national and international media are also checked out.

Franziska Herdin
franziska.herdin@chello.at